

Rheingauer Bote.



Rüdesheimer Zeitung.

Organ für Rüdesheim u. Umgegend.

Gegründet 1877.

42. Jahrgang.

Nr 139

Erscheint wöchentlich dreimal (Montag, Mittwoch, Freitag). Bezugspreis vierteljährlich Mk. 1.70 ohne und Mk. 2.00 mit illust. Sonntagsblatt. Auswärts mit betr. Postaufschlag. Telefon Nr. 295.

Rüdesheim a. Rh.
Mittwoch, den 27. November

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile 12 Pfg., für auswärts 20 Pfg., Reklamenzeile 50 Pfg.; bei mehrmaliger Aufnahme entsprechender Rabatt. Druck und Verlag von A. Meier in Rüdesheim.

1918.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachungen.

Da das **Fleisch** des notgeschlachteten Ochsen nicht alle abgeholt ist, wird dasselbe am Donnerstag, den 28. November, von nachmittags 1 Uhr ab, bei 2. Rüdes nochmal zum Verkauf ausgesetzt.

Das **Fleisch** ist durchaus gesund, zart und fett; und dürfte schöner sein, als was voraussichtlich am Samstag zur Verteilung kommt.

Das **Pfund** kostet mit Beilage 2.40 Mark. Es werden 150 Gramm für die Erwachsenen auf die Fleischkarte abgegeben.

Rüdesheim, den 27. November 1918.

Der Magistrat.

Morgen, Donnerstag, den 28. November, von 8 Uhr vormittags ab, erhalten die Inhaber der Kartoffel-Quittungen der Buchstaben L—R die rückständigen Kartoffelmengen an der Bahn und zwar: die Buchstaben L—M von 8—9 1/2 Uhr vorm.

N—P „ 9 1/2—10 1/2 „ „
R „ 10 1/2—11 1/2 „ „

Wer von den vorstehend angeführten Buchstaben die Kartoffeln dieses Mal nicht abbolt, muß mit dem Bezug warten, bis die übrigen Buchstaben befreit sind.

Rüdesheim, den 27. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Aufhebung der Sperre für den Kartoffelbezug aus 5 Gemeinden und 3 Höfen.

Gemäß Verfügung der Kartoffelstelle des Kreisamtschusses des Rheingaukreises ist die Sperre für den Bezug von Kartoffeln auf Bezugsscheine, die über die Gemeinden Eppenschied, Preßberg, Mansel, Stephanshausen und Wollmerschied, sowie über die Höfe Steinheim, Drais und Neuhoß verhängt war, aufgehoben.

Rüdesheim, den 27. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

Von heute ab muß die Kartenausgabe für fuhrenweise Abholung von Kohlen

bis auf Weiteres eingestellt werden, da der tägliche Kohlenanfall für die Einquartierung und zentnerweise Zuteilung an die Bevölkerung zurückgehalten werden muß.

Bereits ausgegebene Karten können je nach Vorrat eingelöst werden. Anfragen sind an das städtische Gaswerk, Fernsprecher Nr. 216, zu richten.

Rüdesheim, den 26. November 1918.

Die Verwaltung der städtischen Werke:
Rat.

Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin W 8, den 15. Nov. 1918. U. II, Nr. 1900 U. III. pp.

I.

Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.

II.

Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.

III.

In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Ehrungsschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.

IV.

Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.

V.

Bis zum Erlaß über Trennung von Schule und Kirche sind Kinder von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

gez.: (Unterschrift).

An die Provinzialschulkollegien und Regierungen.

Regierung, Wiesbaden,
Abteilung für Kirchen und den 19. Nov. 1918.
Schulwesen.
Ha. H. 1479.

Sofort. Bekanntgegeben zur weiteren Veranlassung.

Florschütz.

Rüdesheim a. Rh., den 26. Nov. 1918.

Der Kreis Schulinspektor:
Rohl.

Reklamierete Heeresangehörige

die sich im linksrheinischen Gebiet aufhalten und noch nicht ordnungsmäßig entlassen sind, haben sich unverzüglich beim nächsten Bezirkskommando oder, wo solches nicht mehr vorhanden, bei der nächsten militärischen Dienststelle unter Vorlegung ihrer ordnungsmäßigen Reklamationspapiere zwecks Entlassung aus dem Heeresdienste zu melden. Andernfalls laufen sie Gefahr, von den Ententetruppen gefangen genommen zu werden.

Heeresgruppe Gallwitz.

Die Freistaatenkonferenz.

Berlin, 25. Nov. (W. B.) In der Konferenz der deutschen Bundesstaaten äußerte nach dem Referat des Vordrängers Präsident Eisner schwere Bedenken gegen die Tagesordnung. Dann sprach Staatssekretär Dr. Solz: Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen habe, hätten wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem habe Wilson als Einziger ein ehrliches pazifistisches Programm vertreten, während alle anderen Gegner Imperialisten seien. In unserer Lage sei aber die einzige Rettung eine entschiedene pazifistische Politik und damit eine Eindämmung des Imperialismus. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegesstimmung und daher Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst drohe es nach den Worten Taft mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei die Antwort Wilsons eingegangen, welche die Versorgung in Aussicht stelle, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde. In England habe die hochfahrende Siegesstimmung gestiegt. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstummt. Lord Cecil's Rücktritt könne man wohl auf seine Stellung zum Völkerverbund

zurückführen, die der unseren entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine gesicherte Majoritätsregierung verlangt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich Siegestaumel an der Tagesordnung. In Polen sei das Bestreben der Regierung, die Liquidation der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Dem deutschen Geandten sei die Mitteilung gemacht worden, daß man auf die freundschaftlichen Beziehungen zum Reiche Wert lege. Ungünstig wäre die Uebnahme der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei. In der Ukraine scheine sich der Gedanke des russischen Föderativstaates durchsetzen zu wollen, wenn sich auch Gegenbestrebungen bemerkbar machten. Rußland sei von der alten Regierung im Interesse des notwendigen Friedensschlusses anerkannt. Auch wir wollten mit der Sowjetregierung in Frieden leben, aber gegen die bolschewistische Propaganda in unserem eigenen Lande durch Moskau müßten wir uns auf das Entschiedenste wehren. Er habe mit seinen Beamten loyal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reiches könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz; denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnungen. (Mehrfacher Widerspruch.) Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen. 2. Die Auslandsbeziehungen dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern in einem zentral gelegenen Ort zu tagen hat, muß baldigster Termin festgestellt werden; denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten.

Darauf erstattete Staatssekretär Erzberger sein Referat über die Waffenstillstandsverhandlungen. Er berichtete zunächst über den Entschluß des Kriegskabinetts, am 8. November dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Esch-Lothringen entgegen den von Foch mitgeteilten Bedingungen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Punkte, in denen die Bedingungen Milderung erforderten, waren: Verlängerung der Räumungsfrist von 30 auf 36 Tage, Ablieferung von 5000 Lastkraftwagen statt 10 000, die Bestimmung, daß die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen im Präliminarfrieden geregelt werde, endlich die Zusage der Versorgung mit Lebensmitteln. Vorläufig widet sich die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut ab. Das Kriegsmaterial wird ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100 000 Waggons abgeliefert werden. Die Abmachung über die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erscheint hoffnungslos. Die Rückkehr der Gefangenen vollzieht sich normal. Unmöglich dagegen ist die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen vor dem 1. Februar 1919.

In der Lebensmittelfrage ist gestern zum ersten Male eine entgegenkommend gehaltene Depesche Clemenceaus eingetroffen. Zu erwarten ist auch viel von der Ankunft Hoover in England. Zu zweifeln ist aber, entschieden an der Möglichkeit, die Räumungstermine inne zu halten, und es ist zu befürchten, daß die Entente Rechtsmittel suche, um in Deutschland einzurücken. Daraus ergibt sich nach seiner Meinung die dringende Notwendigkeit eines Präliminarfriedens. Ferner erhofft er von diesem das endgültige Aufhören des Blutvergießens, die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und die Wahrung der Reichseinheit. Im Falle der Verzögerung befürchte er Nachteile durch längere Besetzung der linksrheinischen Gebiete und durch die Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Posen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstandes.

Eisner erklärte darauf: Die Referate Solz und Erzbergers ließen wirklich nichts davon merken, daß inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan habe. Sicherlich wolle Deutschland den

Frieden, aber ihn erreichen würde es nur durch völlig unkompromittierte Männer. Man fasse sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler lese. An ihrer Spitze ständen Leute, wie Erzberger, welche die Weltverfassung der öffentlichen Meinung organisierten. Er kenne die Entente nicht aus den Zeitungen, sondern aus persönlichen Berichten. Ihre Forderungen seien: 1. Mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehörten. Clemenceau habe erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Kaiser Wilhelm II. Er sei gegangen, ihm müßten aber auch all die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Solf, Erzberger und ihresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Die zweite Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu setzen, die das Vertrauen der Masse genossen. Deutschland brauche eine Reichsregierung, die ohne Hemmung eine demokratische und soziale Politik treibe. Außerdem schlage er die Einführung eines provisorischen Präsidiums, an Stelle des Bundesrates, vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führe. Nur auf Grund dieser Vor schläge könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber härter sei denn je.

Seine (Arbust) setzte sich für Erzberger ein, der immer ein Mittelsmann gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente sei gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen einzelnen Unterhändler.

Geitner (Gotha) fand die Verteidigung seines Erklärungs, da Erzbergers Sünden auch seines Sünden seien. Er sehe das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Man müsse für die Sozialisierung sein, selbst dann, wenn man sich dadurch eine feindliche Beziehung zuziehe. Ihm stehe das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk könne nur der Sozialismus helfen.

Lepinski (Zachien) erklärte: Solf will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hintanstellen, wogegen schärfste Verwahrung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung kann zurückgestellt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen sind. Eine Aufschubung des Sozialismus zugunsten des Friedens darf keinesfalls stattfinden.

Beigordner im Auswärtigen Amt deutete unterstützte Eisners Forderung nach einer Regierung, die von dem Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierenden Männer enthalte.

Bernstein wandte sich gegen die Auffassung, als wenn man erst den Sozialismus durchführen und dann zum Frieden kommen müsse. Unser wehrwirtschaftliches Leben sei unmöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtigste Frage sei die, so schnell wie möglich zum Frieden zu kommen. Er betrachte es als ein Unglück, daß man Verhandlungen mit der Forderung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt habe, die stark belastet seien. Öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und sich von den Methoden des alten Systems zu sehr befangen gezeigt hätten.

Die Nachmittagsitzung der Reichskonferenz wurde eingeleitet durch den Vizepräsidenten Barth, der die Konstituierung für notwendig erklärte, aber vorerst den die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen. Die Diktatur wolle niemand verlängern. Nach kurzer Schlussantragsdebatte, in der Minister Hirsch bedauerte, nicht im Namen Breubens gegen die Loslösung preussischer Gebietsteile protestieren zu können, wurde auf Vorschlag Eberts folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme gehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, lebhaft im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammenritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunigste Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

*

Berlin, 26. Nov. Die die „Freiheit“ schreibt, daß nach dem Verlauf der gestrigen Reichskonferenz damit gerechnet werden, daß der Staatssekretär Solf seinen Abschied nehmen wird.

Friede — Brot.

Der Waffenstillstand ist abgeschlossen. Sein Zweck ist die möglichst rasche Herbeiführung des Friedens. Die Härte seiner Bedingungen entspricht uns dem Schrei nach dem Frieden. Der Friede muß uns die Neuordnung der Welt bringen. Er wird ein Nietenwerk bedeuten bei höchster Kraftanstrengung, die Monate erfordert. So lange Zeit aber kann und will weder das deutsche Volk noch die Welt auf den Frieden warten. Das Gebot der Stunde ist daher, sofort einen Vorfrieden zu schließen. Ihn fordert die Menschlichkeit, die Kultur, die Volkswohlfahrt, die Existenz Europas. Die Grundlagen für den Vorfrieden sind da. Es sind die 14 Punkte Wilsons, die von beiden Parteien im Prinzip angenommen worden sind. Die Punkte über die innerhalb der Entente Meinungsverschiedenheiten zu bestehen scheinen, können für den allgemeinen Frieden zurückgestellt werden. Ueber

die Lebensfragen Deutschlands aber muß sofort Klarheit geschaffen werden. Dies kann nur durch einen Vorfrieden geschehen.

Die deutsche Regierung hat den Feind am zweiten Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandes (13. November) um den Abschluß eines Vorfriedens ersucht. Eine Antwort ist bisher nicht eingegangen. Deutsches Volk; bist Du zu gutem Teil nicht selbst daran schuld? Wo ist Dein von allen Bevölkerungsschichten angenommener, Tag für Tag sich wiederholender Ruf nach dem Vorfrieden? Einem Ruf von 70 Millionen Menschen kann auch eine Welt von Feinden nicht widerstehen. Alle neutralen Völker werden sich diesem Schrei der Menschlichkeit anschließen. Sie alle wissen, daß ein allzulanger Waffenstillstand mit unerträglichen Bedingungen, wie sie in der Kriegsgeschichte einzig dastehen, schuldlose Frauen und Kinder weiterhin dahinkommen lassen wird, von Tag zu Tag neue Unordnung über Deutschland bringt, und das einst so schaffensfrohe und arbeitsstarke deutsche Volk der Vernichtung preisgibt. Darum Parteifreunde, erhebt Euch! Stellt den Vorfrieden in die Mitte Eures Denkens, Redens und Handelns! Laßt uns immer und immer wieder den Ruf nach dem Vorfrieden der Versöhnung und Verständigung erheben! Was wird der Vorfrieden uns bringen? Er muß die Hungerblutade aufheben, den wirtschaftlichen Wiederaufbau des neuen deutschen Volksreichs ermöglichen, unsere Gefangenen zurückführen und zahllose Wunden heilen, die der Krieg uns schlug. Schmerzliche Opfer werden wir bringen müssen, das ist klar. Aber sie müssen mannhaft getragen werden. Ein solenniger Vorfrieden allein kann uns den Wiederaufbau eines erträglichen Daseins und eine durch Arbeit gesicherte Zukunft gewährleisten. Jeder Tag des jetzigen Zustandes, jede Woche der Verlängerung des Waffenstillstandes bedeutet für uns einen unerfesslichen, uneinbringlichen Verlust. Darum Parteifreunde, tretet geschlossen und reiflich ein für den Vorfrieden, tretet damit ein für die Freiheit!

Berlin, 26. Nov. Unter der Überschrift: „Die vollständige Mißwirtschaft der herrschenden Regierung“ schreibt das Berliner Zentrumsblatt „Germania“:

„Es bedarf einer starken Hand, die mit Energie die Arbeiter zu der Erkenntnis bringt, daß das jetzige Durcheinander aufhören muß und Ordnung und Arbeit einzusetzen hat. Die Reichsregierung kennt die Zustände genau, aber sie ist unfähig zu handeln, weil sie zur Hälfte aus Unabhängigen besteht, die von einem energielosen Eingreifen den Verlust des Vertrauens ihrer Anhänger und damit ihrer Stütze befürchten. Nur ein Sturm der Empörung, der das ganze Reich erfasst, kann dieser Mißwirtschaft ein Ende machen. Wie in Berlin gewirtschaftet wird, zeigen auch die Gehälter, die von den A- und E-Männern an ihre Zentrale im Abgeordnetenhause gezahlt werden. Ein einfacher Votum erhält 40 Mark pro Tag, Schreibmaschinisten 35 Mark, bei einer Hausordnung wurden von den Arbeitern für eine dreitägige Arbeit pro Kopf 30 Mark gefordert.“

Deutschland und die besetzten Gebiete

Spaa, 24. Nov. (B. V.) Heute ist General Rudant folgende Note überreicht worden:

Hierher gelangten Nachrichten zufolge ist seit der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen. Dies erschwert sich nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch auf den Telefon-, Telegramm- und Postverkehr. Hierdurch ist auch der Zahlungsverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Wie ohne weiteres ersichtlich, werden hierdurch Folgen hervorgerufen, die das Wirtschaftsleben in den elsass-lothringischen Gebieten aufs schwerste bedrohen. Die Lohngehälter können an vielen Stellen nicht rechtzeitig bezahlt werden. Ferner gehen die Gelder für auszuführende Lieferungen nicht an die Empfänger berechneten ein. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, besonders in Saarbrücken. Es wird gebeten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterkraft, die an erster Stelle hiervon betroffen wird, sofort abzustellen.

gez. v. Santol.

Die Räumungsfrist

München, 25. Nov. (B. V.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: In der Münchener Antikontinuation wurde folgender Rundschreiben ausgeschrieben:

Spaa, 25. Nov. In der heutigen Sitzung erklärte der französische Vorsitzende, daß für die Berechnung der Räumungsfrist nach Tag und Stunde die Unterzeichnung des Vertrages am 11. November, 6 Uhr vor-mittags deutscher Zeit gilt. Es wurde ferner der Antrag von dem französischen Vorsitzenden gestellt, während der Besetzung des linksrheinischen Gebietes und der Brückenköpfe zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungsoffiziere der örtlichen deutschen Verwaltungsbehörden jedem der drei großen Brückenköpfe und für die bayerische Pfalz je einen Generalstabschef auszuwählen. Eine Antwort auf den Antrag ist noch nicht gegeben.

Behrpflichtige im Besatzungsbezirk

München, 26. Nov. (B. V.) Laut einer heute ergangenen Mitteilung des stellvertretenden Generalkommandos des 8. Armeekorps müssen alle Behrpflichtigen, die vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz nicht im linksrheinischen Gebiet hatten, dieses Gebiet bis zum 10. Dezember verlassen, da sie sonst interniert werden.

Die Rückkehr der feindlichen Zivilgefangenen

Berlin, 26. Nov. (B. V.) Die Rückkehr der feindlichen Zivilinternierten war am 23. November im allgemeinen durchgeführt; nur einzelne kleinere Transporte aus Nord- und Süddeutschland, waren infolge Wagenmangels noch unterwegs. Sie alle ebenso wie zwei größere Gruppen von je 600 Köpfen aus dem Lager Holzminde, von denen die eine die holländische Grenze bisher nicht überschreiten konnte, werden rechtzeitig noch heute vor Mitternacht in Nebl begraben. Moeschwoog ober an einem Ort der belgischen Grenze übergeben werden.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Deutschlands Lebensmittel.

Berlin, 25. Nov. (B. V. Antik.) Die deutsche Regierung erhielt durch Vermittlung der Schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 14. November erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Vertreter der verbundenen Regierungen in dem obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschlusse den Völkern der Mittelmächte zugelegt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollten, dieses Mißwerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies in Halle Belgien geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Lomage der Mittelmächte alsdann ermöglichen ließe, die bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerster Not zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gewichtigen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht. In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbundenen Regierungen sofort anzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt, und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird.

Die Trennung von Staat und Kirche.

Berlin, 25. Nov. In Beantwortung zahlreicher telegraphischer und brieflicher Anfragen bei der Volksabstimmung im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde am 25. Nov. folgendes Telegramm an die „Rheinische Zeitung“ in Köln gerichtet:

Zementiert auf das entschiedenste das unsinnige Gerücht, daß das Kultusministerium beabsichtigt, mit einem das Volk überrumpelnden Handstreich durch bloßes Dekret unverzüglich die Trennung von Staat und Kirche herbeizuführen. Gewiß liegt die baldige Durchführung dieser Trennung in allgemeiner Linie unserer Politik, und die ersten Vorarbeiten dazu sind auch bereits eingeleitet. Aber es versteht sich von selbst — und darin herrscht im Kultusministerium vollständige Einmütigkeit —, daß zu diesen Vorarbeiten, die mit zahlreichen Fragen finanzieller, juristischer und allgemeiner politischer Natur verknüpft sind, auch Vertreter der Kirchen herangezogen werden. Vorbesprechungen mit berufenen Vertrauensmännern der Geistlichkeit und mit anerkannten Lehrern des Kirchenrechts sind bereits eingeleitet. Es ist jede Gewähr dafür geboten, daß nichts geschehen wird, ohne die lokale Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Erwägungen auch der kirchlichen Kreise des preussischen Volkes. Nichts wird über das Knie gebrochen werden. Von allem anderen abgesehen, würde schon die Rücksicht auf die allgemeine politische Lage verbieten. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung treibt keine enge Rekortpolitik, sondern Staatspolitik. Bei Beendigung der katholischen Bevölkerung steht keinerlei Anlaß vor. Eine offizielle Erklärung unseres Ministeriums in diesen Fragen erfolgt in den nächsten Tagen.

Der Wahlordnungsentwurf

Berlin, 26. Nov. Der Entwurf über die Wahlordnung zur Nationalversammlung ist heute früh im Kabinett beraten worden. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, da die Verhandlungen mittags abgebrochen wurden und erst morgen früh fortgesetzt werden, doch scheint der Entwurf eine freundliche Aufnahme gefunden zu haben. Die Zahl der Wahlkreise steht noch nicht genau fest, man rechnet aber mit 40 Wahlkreisen in Wahlbezirken, auf die dann eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten entfällt. Ihre Zahl soll so ermittelt werden, daß auf durchschnittlich 50.000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt.

Und Herr Liebknecht?

Berlin, 25. Nov. Die „Post“ schreibt: Wenn man die allseitigsten Deflationen der Sozialisten über den Kapitalismus und die Verelendung des Proletariats liest, muß man annehmen, daß ihr tonangebender Führer selbst zu den armen, ausgehungerten Proletariern gehört und wie seine Schillinge von der am Hungertode genagt hat. Um so erstaunlicher ist man über die Tatsache, daß Liebknecht, der eine prächtige Villa besitzt und ein Millionenvermögen verfügt, sich daher von intemem Reiz zu erfassen, ob Liebknecht, der nach seiner Meinung nahe bei

lebenden Bergesellschaftung des Kapitals mit
dem Beispiel vorausgegangen ist und sein Kapi-
tal der Gesellschaft der Spartakus überantwortet
hat und er bereits in Erfüllung der bekannten
Forderung seiner Gruppe in seiner Villa nur ein
Zimmer bewohnt. Und da Herr Liebknecht so
hinter über die Samstagslage so vieler an-
der Leute zu schimpfen versteht, so ist wohl die neu-
erliche Frage erlaubt, ob er in seiner Villa wirk-
lich nur von der ihm zutreffenden Nation lebt, oder
ob sich in seinem Keller nicht doch ein reiches prole-
tarisches Samstagslager befindet.

Der sittliche Mut.

o Rüdelsheim, 27. Nov. In Ergänzung eines
Artikels von Paul Ernst in der „Frankf. Ztg.“: „Der
sittliche Mut“, schreibt uns ein Rüdelsheimer
Mitbürger folgendes:

Mit dem Artikel „Der sittliche Mut“ hat der Ver-
fasser Zielen, die eine wahrhafte Demokratisierung
Deutschlands wollen, aus dem Herzen gesprochen.

Garnicht oft und eindringlich genug kann dem
deutschen Volk sein Sündenregister vor Augen ge-
halten werden, damit es sich für die Zukunft auf
sich selbst besinnt und die Fägel der Selbstregierung
nicht mehr aus der Hand nehmen läßt. Wie
kann unser Volk befähigt ist zur Selbstverwaltung,
das beweisen die staunenswerten Erfolge auf kom-
munalem Gebiet, die selbst von den demokratischen
Auslandsstaaten als musterhaft anerkannt werden.
Auch politisch wäre Großes geleistet worden, und der
Krieg wäre vielleicht zu vermeiden gewesen, wenn
man dem Volk eine selbständige politische Betä-
tigung zugestanden hätte unter der Leitung von
Bethmann-Hollweg ausgegebenen Devise: „freie
Bahn dem Tüchtigen!“ Aber der Verwirklichung
solch ausichtsreicher Grundzüge ist seinerzeit kein ge-
ringerer entgegengetreten als der damals unum-
schranke Herrscher auf dem Gebiete der auswärtigen
Politik: der erste Reichskanzler Fürst Bismarck, der
eine anderen Götter neben sich duldete und der
während seiner Glanzzeit regierte nach den späteren
Kaiserworten: sic volo sic jubeo, so will ich, so
befehl ich, und der — ich brauche nur an die Sep-
temnatszeit zu erinnern — seine politischen Widerfacher
wie Eugen Richter, Windthorst und Bebel als
Reichsfeinde zu brandmarken suchte. Was würde
man wohl im demokratischen Ausland in England,
Frankreich oder gar Amerika dazu sagen, wenn ein
leitender Minister es wagen wollte, die Führer der
bedeutendsten Volksparteien als Reichsfeinde zu be-
zeichnen? Ein solcher Minister könnte in diesen
Ländern auch keine Stunde mehr im Amte bleiben!
Wie tief bedauerlich ist es, daß der allgewaltige erste
Kanzler aber auch nichts gemein hatte etwa mit dem
großen englischen Staatsmann William Pitt, der ein-
mal geäußert hatte: „Wenn ich keine Oppositions-
partei im Parlament hätte, würde ich mir eine schaf-
fen!“ Und der deutsche Bürger? Er ging mit über-
wältigender Mehrheit durch die und dünn mit Bis-
marck, genau wie während des Krieges mit Juden-
borff! Wer damals ein Wort der Kritik wagte
war Reichsfeind, Rörgler oder Sozialdemokrat, genau
wie in den letzten Jahren jede kritische Äußerung
als Riesmacherei an den Pranger gestellt wurde.

Welcher parlamentarischer Tiefstand in den 1890er
Jahren erreicht war, erhellt daraus, daß ein Par-
lamentarier von der Bedeutung Eugen Richters, dem
man heute nirgends mehr die Anerkennung für sein
selbstloses, ehrenhaftes politisches Schaffen versagen
wird, seitens eines Reichstagsabgeordneten unter dem
Wohnischen Beifall der Reichsparteien als der Ther-
apies des deutschen Volkes bezeichnet wurde! Und
wie stand es mit dem sittlichen Mut des deutschen
Staatsbürgertums, als Bismarck, wie er selbst in
seinen „Gedanken und Erinnerungen“ erzählt, „weg-
jagt wurde wie ein Hund?“ Man sollte meinen,
daß gesamte Deutschland dem er das Reich geschaffen,
wäre in Mannentreue für ihn eingetreten, aber fast
nichts von alledem war bei seiner Entlassung zu re-
gistrieren, und schon kurze Zeit darnach schrieb sein
früheres Leitblatt, die bekannte rheinische Wetter-
kühne, die Kölnische Zeitung, die Bismarck jahrelang
Hinde Gefolgschaft leistete, es sei bellagenswert wie
der alte Kanzler schimpfend und polternd hinter dem
Reichswagen herlaufe! Auf dem Marktplatz in
Jena hat es später Bismarck in seiner bekannten
großen Rede ausgesprochen, wie verfehrt es von ihm
gewesen, die Herrschergewalt der Hohenzollern zum
Nachteil der Volksrechte zu sehr gestärkt und befestigt
zu haben. In seinem dritten Band seiner „Gedanken
und Erinnerungen“, deren Veröffentlichung heute zeit-
gemäß wäre, wird man noch viel des Interessanten
über diese Dinge erfahren.

Der Geist des deutschen Liberalismus, der früher
im deutschen Bürgerlande heimisch war, ist m. E.
mit verdrängt worden, durch das sich vielfach fasten-
mäßig abschließende Reserveoffizierium und andere
Ursachen, die hauptsächlich auf dem Gebiete der
Volkeerziehung liegen, denen diesmal nachzugehen

der Rahmen dieser Zeilen überschreiten würde. Die
Gleichgültigkeit gegenüber politischen Dingen war
soweit gediehen, daß es als „shocking“ empfunden
wurde, wenn man in der sogenannten besseren Ge-
sellschaft die politischen Tagesfragen auch nur streifte.
Ein hierfür typisches Beispiel möchte ich nicht uner-
wähnt lassen. Etwa ein Jahr vor Ausbruch des
Weltkrieges kam ich geschäftlich nach dem Wupper-
thal, wo ich in einer bekannten Gaststätte abgestiegen
war. Am Abend lernte ich am Hotelkammertisch einen
Großindustriellen aus Pforzheim in Baden kennen,
dem gegenüber ich mich nicht enthalten konnte, einige
politisch schmeichehafte Worte über die Vorzüge des
badiischen Musterlandes auszusprechen. Damit fand
ich aber keine Gegenliebe. Der Herr eröffnete mir
vielmehr zu meinem nicht geringen Erstaunen, daß
man sich um die Politik am besten nicht kümmern
sollte, deren Leitung bei den hierzu berufenen Organen in
besten Händen sei! Also die Verherrlichung des be-
schränkten Untertanenverständes in reinster Form!
Wohin wären wir wohl getrieben, wenn etwa nach
einem gewonnenen Krieg diese geistige Verfluchung
noch weiter um sich gegriffen und die Führung der
Staatsgeschäfte den hierzu berufenen Organen über-
lassen hätte? . . . Vielleicht zu Oldenburg-Jannus-
schau mit seinem Leutnant und 10 Mann!

Auf die härteste Probe wurde der „sittliche Mut“
gestellt, mit den Kaiserreden, die seit dem Jahre
1888 in fast regelmäßiger Reihenfolge in die Deffent-
lichkeit gelangten.

Man hat in Deutschland immer wieder den
König Eduard von England für den geistigen Ur-
heber der Einkreisungspolitik gehalten. Aber m. E.
war diese Auffassung nur teilweise berechtigt, denn
es darf bemerkt werden, ob die Kombinationsgabe
und die diplomatische Befähigung Eduards allein
hinreichend hätten, diese Einkreisungspläne reiflos zur
Durchführung zu bringen. Ohne Frage hatten ihm
hier die Kaiserreden, in denen die gepanzerte Faust
und das scharfe Schwert regelmäßig wiederkehrten
und die mit den gewaltigen Rüstungen Hand in
Hand gingen. Auf der Reise nach Tanger und Je-
rusalem erreichten diese Reden ihren Höhepunkt, und
es war der englischen Diplomatie ein leichtes, sie als
willkommenes Beweismaterial zu benutzen, um das
Abwehrbündnis zwischen England, Frankreich und
Rußland und damit unsere „splendid isolation“ an-
zubahnen. Nach dem Fehlschlagen unserer Marokko-
politik, verdrängte sich dies Bündnis zu einer noch
wertvolleren „entente cordale“, in die auch Belgien
eingeschlossen wurde und die unsere Stellung im
Rate der Völker zur gänglichen Vereinsamung verur-
teilte. Zur Illustration des vorher Gesagten ver-
gegenwärtige man sich noch, wie im Ausland eine
Rede beurteilt werden mußte, die der Kaiser in seinen
ersten Regierungstagen auf dem Provinziallandtag
in Brandenburg hielt und in der die Worte vor-
kamen: Brandenburg, Preußen! „zu großen Taten
will ich Euch noch führen“ und „ich fordere meine
getreuen Märker auf mit mir zu gehen durch die
und dünn“ und weiter: „ich werde Euch noch herr-
lichen Zeiten entgegen führen!“

Wie ungeheuer mußte es in England verstimmen,
wenn der Kaiser den Ausrufer des Daily Telegraph
erklärte, die Mehrzahl des deutschen Volkes wünsche
den Krieg mit England und er, der Kaiser, sei der
einzige Freund, den England in Deutschland besitze.
Damals kam es allerdings dem Volk zum Bewußtsein,
in welche Gefahr uns der Kaiser mit seiner wenig vorsichti-
gen Äußerung gebracht, es gab einen gewaltigen Ent-
rüstungsturm, an dem sich im Reichstag alle Parteien,
sogar die sonst so nachsichtigen Nationalliberalen mit
ihrem Führer Bassermann, hervorragend beteiligten.
Auf die energischen Vorhaltungen des Fürsten Bülow,
die er im Auftrag des Reichstags in besonderer
Audienz an den Kaiser richtete, wurde auch die Zu-
sage gegeben, daß ähnliche politische Rundgebungen
in Zukunft unterbleiben sollten. Wie wenig aber
der Kaiser diese ihm abgerungenen Versprechungen
verschmerzen konnte, bewies die wenige Monate darauf
erfolgte Entlassung Bülows, die lediglich in den oben
angeführten Gründen ihre Ursache gehabt haben soll.
Unter dem Nachfolger Bülows nahmen die Reden wieder
ihren ungehinderten Fortgang. Bethmann-Hollweg
huldigte in dieser Beziehung dem Grundsatz: laissez
faire, laissez aller, er verbaute und vertrat die
rednerischen Ergüsse, die der Kaiser glaubte von sich
geben zu müssen, wenn auch nicht im Bismarckischen
Sinne als der getreue Diener seines Herrn, sondern
mehr als sein untertänigster Bedienter.

Immer wieder stellt man sich die Frage, warum
das deutsche Volk und mit ihm der Reichstag einer
solch gefährlichen Politik, die mit Notwendigkeit
Konflikte herbeiführen mußte, nicht ganz energisch
entgegengetreten ist? Weil man vor dem Krieg
die Leitung der auswärtigen Politik nach dem Ver-
hältnis des Fürsten Bismarck als ein noli me tangere
ansah, die nur im Sinne der Krone durch den Reichs-
kanzler, der dem Reichstag nur dem Namen nach

verantwortlich war, vollzogen werden durfte und
weil man diesen „unveräußerlichen Rechten“ gegen-
über nicht den sittlichen Mut fand, diese unhaltbaren
Zustände endgültig aus der Welt zu räumen.

Die schon in den 48 Jahren erlebte Morgen-
röte einer neuen, einer demokratischen Zeit, ist nun
endlich angebrochen. Und wenn es auch tief zu be-
klagen ist, daß wir uns erst nach so harten Erfah-
rungen die freie Selbstregierung erkämpfen konnten,
so läßt sich doch ein freudiges Gefühl nicht unter-
drücken, daß sich die Worte Salisais „und sie be-
wegt sich doch“, allen Widerständen zum Trotz wieder
einmal bewahrheiteten. Das deutsche Volk aber, möge
stets eingedenk sein der Strophe in dem schönen
Burschenlied, das in akademischen Kreisen immer so
begeistert gesungen wurde: „Wer die Wahrheit
kennt und jaget sie nicht, das ist fürwahr ein
erbärmlicher Wicht“ und möge ihm gegenüber seinen
herrschenden Gewalten nie wieder fehlen: „der sitt-
liche Mut!“

Bermischte Nachrichten.

* Rüdelsheim, 27. Nov. Der Durchzug der
von Weien kommenden Truppen und der gleichzeitige
Uebergang über den Rhein nahm am Montag bei
Ludwigshafen seinen Anfang und heute traf uner-
wartet die Spitze der 5. Armee, über unsere Hinden-
burgbrücke kommend, in unserer festlich zum Em-
pfang der Krieger besagten Stadt ein. Mit klingen-
dem Spiel zog die Vortruppe, bestehend aus den
Pionier-Bataillonen Nr. 10 und 410, durch die
Straßen der Vorstadt zur neuen Schule, wo die
Verpflegung durch die Feldküche stattfand. Auf dem
Wege zur Schule wurden die Truppen von der Be-
völkerung herzlich begrüßt. Heute und Morgen
genießen unsere braven Krieger die Gastfreundschaft
unserer Einwohner; im Laufe des Nachmittags be-
zogen die Soldaten ihre Privatquartiere. Der Weiter-
marsch erfolgt am Freitag. Morgen ist Ruhetag.

* Rüdelsheim, 27. Nov. (Kreisverband für
Handwerk und Gewerbe im Rheingaukreis.) In
den nächsten Tagen werden die Wahlen für den
Kreisbauernrat und den Nassauischen Landesbauern-
rat stattfinden. Mit Rücksicht auf unsere gesamte
Wirtschaftliche Lage insbesondere die bevorstehenden
Demobilisationsaufgaben zum Beispiel: Aufrechter-
haltung des Wirtschaftslebens, Unterbringung der
heimkehrenden Soldaten in Heimat und Arbeit,
Regelung der Arbeitszeit und Löhne, Streckung der
Arbeit Ingangbringung der Betriebe, Rohstoffwirt-
schaft, Rohstoffarbeiten und Erwerbslosenfürsorge usw.,
halten wir es für dringend notwendig, daß in den
neu zu gründenden Kreisbauernrat und Nassauischen
Landesbauernrat je ein Vertreter und Stellvertreter
aus den Kreisen der Handwerker und Gewerbetrei-
benden gewählt wird. Wir wollen nicht versäumen,
alle Handwerker und Gewerbetreibenden darauf auf-
merksam zu machen ihre Interessen in vorerwähntem
Sinne geltend zu machen.

* Rüdelsheim, 27. Nov. (Die Gemeindever-
tretungen in Preußen.) Die preussische Regierung
hat eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Ge-
meindevertreter, deren Mandate abgelaufen sind, vor-
läufig weiter amtieren. Eine Aenderung des Wahl-
gesetzes für die Gemeindevertretungen ist in Vorbe-
reitung. Nach seinem Inkrafttreten werden wahr-
scheinlich allgemeine Neuwahlen stattfinden.

K.-A. Rüdelsheim, 27. Nov. Die Heimkehr
unserer Krieger verlangt gebieterisch die Beschaffung
von Arbeitsgelegenheit, sobald sämtliche entlassene
Mannschaften ohne Verzug entsprechenden Verdienst
erhalten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß
die Frauen, die sich seither in der Kriegsindustrie
beschäftigt haben, sich baldmöglichst wieder ihrem
früheren Berufe zuwenden, daß ferner die Eltern ihre
in den Rüstungsbetrieben tätig gewesenen jugendlichen
Söhne einem Handwerk oder anderem Berufe zu-
führen. Andererseits werden die Hausfrauen, die
früher Diensthöten gehalten haben oder solche jetzt
bedürftigen, mit der Einstellung von Diensthöten nicht
zögern dürfen, damit die in der Rüstungsindustrie
freigewordenen Mädchen wieder Unterkunft und Ver-
dienst finden. Die überall eingerichteten Demobil-
isationsausschüsse werden es sich im übrigen an-
gelegen sein lassen, für Arbeitsgelegenheit in allen
möglichen Zweigen des Wirtschaftslebens zu sorgen.
Sollte solche Gelegenheit fehlen, so wird es uner-
läßlich sein, daß die Stadt- und Gemeindebehörden
Notstandsarbeiten einrichten und auch von den Privat-

Weinbergs-Wust

36 Ruten, Kuhweg, Rüdelsheimer Gemarkung zu
verlaufen. Näheres bei der Geschäftsstelle ds. Bl.

besitzern kann erwartet werden, daß sie alles dazu beitragen, um einer Gewerbslosigkeit zu steuern. Im Rheingaukreise besonders werden die reichlichen Einnahmen aus den Weinernten der letzten Jahre die Gutsbesitzer und Winzer in den Stand setzen, alle die Arbeiten nachholen zu lassen, die wegen Mangel an Arbeitskräften seither unterbleiben mußten. Dazu wird auch die Anordnung der neuen Weinbergen gehören. Voraussetzung ist allerdings das Vorhandensein von genügenden Arbeitskräften. Es erweckt bisher den Anschein, als ob im Rheingaukreise ein Mangel an Arbeitsgelegenheit nicht hervortreten würde, daß sogar in manchen Gemeinden sich das Fehlen genügender Arbeitskräfte bemerkbar machen wird.

K.-A. Rüdeshheim, 27. Nov. Die Stockung des Bahnverkehrs infolge der Rückbeförderung der Truppen usw. bringt es notwendig mit sich, daß die Lebensmittelversorgung sich nicht in der glatten Form abwickelt, wie gerade unter den heutigen Verhältnissen doppelt wünschenswert ist. Geduld muß daher von allen Bevölkerungskreisen erwartet werden und es ist wohl anzunehmen, daß die augenblickliche Lage auch von allen Seiten angemessenes Verständnis findet. Eine Erhöhung der Wochenbrotmenge um 400 Gramm wird vom Dezember an in Kraft treten. Damit ist schon eine wesentliche Besserung der Ernährung verbürgt. Die Fettmenge, die auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, mußte im allgemeinen wegen der unzureichenden Vorräte eine Kürzung erfahren. Für den Rheingaukreis ist jedoch erreicht worden, daß die seitherige Verteilungsmenge beibehalten wird. Daß die fleischlosen Wochen in Weisfall gekommen sind, ist inzwischen allgemein bekannt geworden. Eine wesentliche Verbesserung der Fleischversorgung wird aber vorerst kaum erwartet werden

können, da der Mangel an Kraftfuttermitteln sich mehr und mehr bemerkbar macht, das Vieh infolgedessen immer geringwertiger wird und die außerordentlich gelichteten Viehbestände eine Vermehrung der Zahl des Schlachtviehs kaum zulassen werden. In welchem Maße die Zurückführung des Heeres in die Heimat auf die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung (Suppenjachen aus Getreide) einwirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Augenblicklich verhindert die Kohlennot die Herstellung von Nahrungsmittelfabrikaten in erheblichem Maße und es konnten deshalb noch nicht die Mengen zur Anlieferung kommen, die den Kommunalverbänden schon seit Wochen zugeweiht worden sind. Ähnlich verhält es sich mit der Marmelade. Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß durch den Rheingaukreis selbst im allgemeinen nur die Gemeinden mit kleinerer Einwohnerzahl versorgt werden und daß alle größeren Gemeinden des Kreises mit rund $\frac{1}{3}$ der Einwohnerzahl mit dem Städteverband Oberlahnstein als Verteilungsstelle in Verbindung stehen. Auf die Zuteilung von Lebensmitteln im allgemeinen hat dies aber keinen Einfluß. Ohne Rücksicht auf diese Geschäftsverteilung hat der Kreisausschuß immer mit größtem Nachdruck versucht, bei den zuständigen Stellen eine Besserung der Lebensmittelversorgung des Kreises im ganzen herbeizuführen. Ein befriedigender Erfolg konnte jedoch niemals erreicht werden und insbesondere auch ein wieder in der letzten Zeit gestellter Antrag hatte nicht das gewünschte Ergebnis. Die allgemeinen Verhältnisse liegen eben so ungünstig, daß für den Kreis seitens der höheren Verteilungsstellen nicht mehr getan werden konnte. Vollständig irrig ist die Auffassung, daß seitens des Kreises irgend etwas in der Angelegenheit vernachlässigt worden ist, daß etwa auch die frühere Selbstwirtschaft mit Brotgetreide

in Verbindung mit dem Untertaunuskreis ungünstig auf die Versorgung eingewirkt hat. Es ist noch neuerdings durch den Herrn Regierungs-Präsidenten wiederholt bestätigt worden, daß der Rheingaukreis nicht als ländlicher (Landwirtschaft treibender) Kreis angesehen wird, sondern daß er weitaus besser gestellt ist, wie die anderen Landkreise des Regierungsbezirks, gerade aus Anlaß seiner besonderen Verhältnisse, die von den maßgebenden Stellen durchaus gewürdigt werden. Allerdings wurde es von den letzteren abgelehnt, den Rheingaukreis den benachbarten großen Städten gleichzustellen, da von der Auffassung ausgegangen wird, daß in diesen großen Städten die allgemeinen Verhältnisse tatsächlich noch wesentlich ungünstiger liegen als im Rheingaukreis.

Wiesbaden, 23. Nov. Auf das gemeinsame Telegramm der hiesigen Behörden und des Arbeiter- und Soldatenrats an die Waffenstillstandskommission, für die Richtbefugung Wiesbadens durch den Feind ihr Möglichstes zu tun, ist folgende Antwort eingegangen:

An den Arbeiter- und Soldatenrat, Wiesbaden. Zur Zeit keine Aussicht, daß Wunsch von Wiesbaden, keine fremde Besatzung zu erhalten, erfüllt wird. Die Bemühungen gehen weiter.

Staatssekretär Erzberger. Vorsitzender der Waffenstillstandskommission. Höchst a. M., 24. Nov. Hier eingegangenen Nachrichten zufolge soll die Stadt 3000 Mann feindliche Besatzung erhalten. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte den Magistrat, an den maßgebenden Stellen Einspruch gegen diese alles zulässige Maß überschreitende Belastung der Stadt zu erheben.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Reier.

Bürger und Bürgerinnen von Rüdeshheim!

Kampftruppen der 5. Armee des Generals v. d. Marwitz werden in den nächsten Tagen unsere Stadt berühren und gegebenenfalls darin nächtigen.

Von Eurem Jubel und Eurer Freigebigkeit begleitet und angespornt, zogen sie voll Siegeszuversicht hinaus in jenen lichten Sommertagen 1914.

Schwer drückender Herbstnebel hüllt düster ihre Heimkehr ein, nachdem sie todesmutig über 4 Jahre lang für die Heimat Leib und Leben eingesetzt und ihr, unbefiegt bis zuletzt, die entsetzlichen Schrecken des Krieges ferngehalten haben!

Bürger und Bürgerinnen von Rüdeshheim rüstet Euch, die Tapfern würdig zu grüßen! Die Sonne Eurer Liebe und Eurer unausslöschlichen Dankbarkeit soll die über der Heimkehr lagernden Nebel hoffnungsfroh durchdringen.

Wir alle wollen ihnen, die zu uns kommen, etwas Liebes, Gutes erweisen, indem wir an Lebens- und Genußmitteln zusammentragen, was wir bei der eigenen Not und Sorge nur einigermaßen entbehren können.

Wer unter uns würde sich besinnen, mit seinem Lebensretter selbst den kargsten Bissen Brot zu teilen!?

Wohlan denn, Bürger und Bürgerinnen von Rüdeshheim! Sie, die jahrelang im Kampfgerühl täglich und stündlich bereit waren, ihr Herzblut für uns zu lassen, sie sollen nicht ungestärkt und ohne Dank von dannen ziehen!

Geben wir gerne von dem Wenigen, was wir haben! Das wird den treuen Kriegern in der Seele wohlthun. Unsere in eigener Not geleistete, wenn auch bescheidene Anerkennung wird auf dem Heimweg ihr schönster Lohn und unvergeßlicher Trost sein.

Bringt darum alles, wozu Euch das Herz antreibt, am Mittwoch, den 27., Donnerstag, den 28. und Freitag, den 29. November, in der Zeit von vormittags 10—12 und nachmittags von 3—5 Uhr ins große Haus auf dem Markt zu Frau Bertha Jung. Der Empfang wird bescheinigt. Die Gaben sollen an die durchziehenden Truppen von hiesigen Frauen und Jungfrauen verteilt werden.

Rüdeshheim, den 26. November 1918.

Der Magistrat: Alberti.

N. S. Als Gaben sind besonders willkommen: Kaffee (aber gemahlen), Zucker, Zigarren, Zigarretten, Tabak, Wein, Backwaren, Äpfel, Nüsse u. s. w.

Halte von jetzt ab meine Sprechstunden wieder von 8—9 Uhr vorm. und 1—2 Uhr nachm. (Sonntags nur von 8—9 vorm.)

Fernruf 176.

Dr. Kypke-Burchardi
Kreisarzt.

Nach meiner Entlassung aus dem Heeresdienst habe ich die

Ausübung meiner Praxis
wieder aufgenommen. ::

Mein Büro befindet sich Gaustraße Nr. 7.

Telefon 97.

Rechtsanwalt Dr. Lehr.

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

J. Heinz, Auktionator,

Bermittler von Hypotheken und Immobilien

Rheinstraße 31.

Telefon Nr. 18.

Weihnachten in Bethel.

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für die trauernden Herzen, das wünschen wir uns alle als größtes Weihnachtsgeschenk. Darum blicken wir aus Not und Leid der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abganz dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachtsgaben sein, um die wir wiederum die Freunde von Bethel bitten. Fast 3500 Kranke, Kinder und Heimatlose sind hier gesammelt. Dazu kommen die verwundeten Krieger, von denen nun schon fast 23 000 hier versorgt wurden und etwa 1800 umherziehende Weihnachtsgäste sein werden. Für alle hoffen wir auf eine kleine Gabe. Schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben wir nötig. Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele usw. Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreuen kann. Je eher geschickt wird, um so dankbarer sind wir.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von Bethel

F. v. Bodelschwingsh, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im November 1918.

Bier
Kaninchen

zu verkaufen à 15 Mk.
Näheres in der Exped.
ds. Blattes.

Stempel, in jeder Aus-
Größe werden preiswert und
schnellstens geliefert von
A. Meier :: Rüdeshheim.